

Der Briefetal-Bote erscheint Dienstags, Donnerstag und Sonnabends. Der Abonnementspreis beträgt für das Quartal 1.20 Mark, monatlich 40 Pfg. Einzelne Nummern 5 Pfg. Nach auswärts Portozuschlag.

# Briefetal-Bote

Anzeigen werden in P.R. Neumanns Buchdruckerei und Papierhandlung und von allen Annoncen-Expeditoren angenommen. Die festgesetzte Preiskategorie kostet 15 Pfennig, die Reflektierte 30 Pfennig.

## Amtsbezirks-Anzeiger und Zeitung

für Birkenwerder, hohen Neuendorf, Borgsdorf, Briese, Lehnitz, Stolpe



für Hoffjagdrevier, Bergfelde, den Amtsbezirk Schönfließ und Umgegend

Telephon: Amt Birkenwerder Nr. 5

Telegr.: Briefetalbote, Birkenwerder

Alleiniges amtliches Publikationsorgan mit rechtsverbindlicher Publikationskraft für den Amtsbezirk Birkenwerder.

Nr. 50

Donnerstag, den 1. Mai 1913

12. Jahrg.

Die heutige Nummer enthält das illustrierte Familienblatt und einen Taschenfahrplan.

### Amthliche Bekanntmachungen.

#### Bekanntmachung.

Unter dem Schweinebestande des Schlossers Freese zu Hohen Neuendorf, Johann-Siering-Strasse, ist die Schweinefleisch ausgebrochen.

Birkenwerder, den 26 April 1913.

Der Amtsvorsteher. Kühn.

#### Bekanntmachung.

Nach der Anordnung des Herrn Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg über die Ausbringung der Kosten der Handwerkskammer zu Berlin vom 25. April 1908 (Amtsblatt für 1908, Stf. 18) erfolgt die Veranlagung zu den Handwerkskammerbeiträgen nach Maßgabe der staatlich veranlagten Gewerbesteuer der selbständigen Handwerker, soweit sie aus dem Ertrage des Handwerks beruht.

Die für die Veranlagung in Betracht kommende Gewerbesteuer für die Handwerksbetriebe hier selbst beträgt 982 M., wovon für das Rechnungsjahr 1913 15% als Handwerkskammerbeitrag erhoben werden.

Das Kataster über die Ausbringung dieser Beiträge liegt vom Freitag, den 2. Mai d. J. ab zwei Wochen lang in der hiesigen Gemeindekasse zur Einsicht der Beteiligten aus.

Birkenwerder, den 29. April 1913.

Der Gemeindevorsteher. Kühn.

### Hohen Neuendorf.

#### Bekanntmachung.

Im Laufe des Sommers werden in der Provinz Brandenburg trigonometrische Vermessungen zur Ausführung gelangen.

Bei diesen Vermessungsarbeiten kommt auch der Kreis Niederbarnim in Betracht.

Die seitens der königlichen Landesaufnahme mit den Arbeiten betrauten Offiziere und Beamten sind mit „Offenen Ausweisen“ versehen, welche die ihnen zu gewährenden Hilfeleistungen enthalten.

Alle Grundeigentümer und Inhaber des Kreises sowie die Ortsbehörden werden hiermit aufgefordert, zur Ausübung dieses gemeinnützigen und wissenschaftlichen Unternehmens den betreffenden Offizieren und Beamten nach Kräften entgegenzukommen.

Die Ortsbehörden eruche ich, für möglichste Verbreitung dieser Bekanntmachung in ihren Bezirken Sorge zu tragen.

Berlin, den 22. April 1913.

#### Der Landrat.

i. V. geg. von Scheller, Regierungsassessor.

Veröffentlicht:

Hohen Neuendorf, den 28. April 1913.

Der Gemeindevorsteher. Wildberg.

### Vom Balkankrieg.

Die Vorkonferenz-Sitzung die ganze Welt schwerwiegende Entschlüsse erwarbete, hat schwer enttäuscht. Trotz mehr als dreitägiger Beratungen hat sie für die Öffentlichkeit nichts anderes zutage gebracht, als die Mitteilung, daß sie trotz allem und allem die Lage nicht pessimistisch aufzufassen und daß sie für Donnerstag eine neue Sitzung anberaumte. Das Schwerkrieg der Situation liegt offenbar bei Rußland. Das geht daraus hervor, daß der österreichische und der russische Vorkonferenz die Konferenz verstehen, um gemeinsam zu beraten. Fast gleichzeitig fanden in Wien Besprechungen zwischen dem Minister des Aeußeren Grafen Berchtold und erst mit dem russischen Vorkonferenz statt. Durch das Neutische Bureau aber wird die russische Auffassung der Lage dahin präzisiert, daß Rußland noch immer die Stellung beibehalten, welche es gemeinsam mit den anderen

Mächten eingenommen habe, daß aber ernste Schwierigkeiten entstehen würden, wenn Oesterreich allein vorgehen sollte. Die Nachricht, daß Erbprinz Danilo Stutari mit der Armee verlassen habe, wurde den Vorkonferenzen kurz vor Beginn der Sitzung durch das Neutische Bureau übermittelt. Zuerst wurde angenommen, diese Meldung könne bedeuten, daß König Nikolaus endlich doch im Begriffe sei, sich den Ansichten der Mächte anzuschließen, später aber war der allgemeine Eindruck der, daß die montenegrinischen Truppen entweder nach Cetinje oder Antivari gingen, um einem etwaigen Vorstoß zu begegnen oder, was für wahrscheinlicher gehalten wurde, um den Tarabosch und die Gegend von Bojana zu besetzen, welche die Montenegriner letzten als Entschädigung für den Verlust Stutaris gefordert haben. Daß die letztere Auffassung der Vorkonferenz die richtige ist, geht u. a. auch aus einer Meldung der „Reichspost“ aus Cattaro hervor, derzufolge Montenegro seine Grenze gegen Oesterreich auch für die Post völlig gesperrt hat. Trotzdem aber gelangen verschiedene Meldungen über die Grenze durch das in Cattaro aus Stutari über Cetinje eingetroffene englische Kreuz, bei dem sich vier Aerzte befinden. Diese berichten, daß die Lebergabe Stutaris ohne vorherigen Kampf, der Sache nach anscheinend ganz unmotiviert, erfolgte. Als Esad Pascha die Lebergabe proklamierte, erhob sich unter den Albanen eine Meuterei gegen ihn, welche er blutig erstickte. Esad Pascha hat sich bereits in Stutari als Fürst von Albanien ausgerufen und ist angeblich dem Balkanbund beigetreten. Die Truppen hotten noch Prolant, aber die Not der Bevölkerung in Stutari war sehr groß, täglich starben etwa 50 Personen den Hungertod.

#### Oesterreichs Haltung.

Der letzte Schritt Esad Paschas hat, nach Auffassung der Londoner Vorkonferenz, die Lage besonders verwickelt gestaltet. Ueber die möglichen Folgen dieses Schrittes gingen freilich die Meinungen sehr auseinander. Ueber einen Punkt freilich herrschte völliges Einverständnis, daß dieser Schritt nämlich das Ergebnis eines Übereinkommens mit Montenegro war, ein Ausgang, der in diplomatischen Kreisen nicht allzu große Verwunderung erregte. In diesen Kreisen hatte man von Anfang an vermutet, daß hinter dem Einzug der Montenegriner in Stutari weit mehr stehe, als bekannt gegeben wurde. In gut informierten österreichischen Kreisen wird kein Hehl daraus gemacht, daß das Wiederfinden der Vorkonferenz, weiteren Schritten gegen Montenegro zuzustimmen, ein Gefühl der Gerechtigkeit verurteilt hat. Oesterreich-Ungarn teilt nicht die Ansicht anderer Mächte, daß durch Hinauszögern etwas zu gewinnen sei. Es ist im Gegenteil der Meinung, daß nach Aufbruch irgendwelcher Schritte, für den sich Europa angesichts der Herausforderung Montenegros entscheidet, die Lage nicht nur für Europa selbst, sondern auch für König Nikolaus noch schwieriger gestaltet. Oesterreich-Ungarn kann daher einer Hinauszögerung auf unbestimmte Zeit nicht zustimmen. Durch seine benachbarte Lage ist es unmittelbar interessiert, und obwohl es angesichts seiner Beziehungen zu Montenegro nicht zum Neutischen gehen wünscht, ist es sich doch klar, daß etwas von bestimmtem Erfolg ausgehen muß. Einfache FlottenDemonstrationen haben sich als nutzlos erwiesen, und Montenegro wird, falls es Stutari nicht räumen will, dazu gezwungen werden müssen. Es wird indessen nicht angenommen, daß dies mit Waffengewalt geschehen müsse, doch würde jeder militärische Akt, die notwendig werden sollte, von solcher Art sein müssen, daß der Erfolg gesichert sein wird. Ueber den Ausgang der Konferenz in London ist man sehr enttäuscht, doch will man vor der nächsten Vorkonferenzversammlung am Donnerstag keine unwiderprüflichen Schritte tun. An der Festigkeit der Entschlüsse Oesterreichs aber soll trotzdem nicht zu zweifeln sein.

Im Gegenlag hierzu steht eine Meldung, die der „Tag“ aus Wien erhalten haben will. Danach soll Oesterreich schon jetzt selbständig gegen Montenegro vorgehen, weil die Vorkonferenzkonferenz keine wirksamen Maßnahmen beschloffen habe. Alle Vorbereitungen zu einer militärischen Expedition seien bereits vollkommen durchgeführt. Ihr Beginn stehe unmittelbar bevor. Gegenwärtig finde noch ein sehr lebhafter Meinungsaustrausch zwischen Wien und Rom statt.

### Deutsches Reich.

Nach der Budgetkommission des Reichstages. In der Sitzung der Budgetkommission des Reichstages wurden am Dienstag beraten und unverändert bewilligt die Mannschaf-Gatserhöhungen der Infanterie, der Kavallerie, der Feldartillerie, der Artillerie, der Pioniere,

der Betehrstruppen und des Trains, und zwar mit den Stimmen der Rechten, des Zentrums, der Nationalliberalen und der Fortschrittlichen Volkspartei.

Industrielle Nacharbeit. Deutschland, Italien und Rußland haben sich bereit erklärt, die vorbereitende internationale technische Konferenz zu beschicken, welche im September d. J. auf Vorschlag des schweizerischen Bundesrats in Bern zusammenzutreten soll. Diese Konferenz wird Grundzüge eines internationalen Übereinkommens über das Verbot industrieller Nacharbeit jugendlicher Arbeiter und über Festsetzung einer Arbeitsdauer von höchstens zehn Stunden für die in der Industrie beschäftigten Frauen und jugendlichen Arbeiter vorbereiten. Bis jetzt haben zehn Staaten sich bereit erklärt, die Berner Konferenz zu beschicken. Abgesehen hat nur Rumänien. Von Oesterreich-Ungarn liegt noch keine Erklärung vor; Frankreich und Großbritannien haben zugestimmt.

Vom Deutschen Bergarbeiter-Kongress in Hannover. Die Verhandlungen des ersten Beratungstages wurden ausgefüllt mit Erörterungen über die beantragte Statutenänderung, zu welchem Thema über 200 Änderungsanträge vorlagen. Die ganze Sache wurde schließlich einer Kommission von 15 Mitgliedern überwiefen. Das Referat hatte Friedrich Schmidt-Bohum übernommen gehabt. An die streikenden Bergarbeiter in Oberschlesien wurde ein Telegramm geschickt, in welchem den Streikenden die Sympathie des Kongresses zum Ausdruck gebracht wurde.

Der Wahlaufsatz des Zentrums für die bevorstehenden Landtagswahlen ist am Montag erschienen. Auch in ihm spielt die Wahlreform die Hauptrolle. Da heißt es: „Hinsichtlich der zugelegten Reform unserer Wahlrechts hatten wir in unserem letzten Wahlaufsatz darauf hingewiesen, in welcher Richtung sich unsere Wünsche und Forderungen von alters her bewegen. Wir hatten dabei unserm Bedauern Ausdruck gegeben, daß die königliche Staatsregierung nicht einmal die Erlegung der öffentlichen Stimmabgabe durch die geheime in Aussicht stellte. Dieser Erklärung entgegenstehen sind wir mit aller Entschiedenheit tätig gewesen und haben die Einführung der geheimen Stimmabgabe als das Dringlichste in den Vordergrund gestellt. In dem Wahlrechtsentwurf, welcher seitens der Staatsregierung im Februar 1910 dem Abgeordnetenhause zugeing, war die öffentliche Stimmabgabe beibehalten. Wir erreichten, daß diese durch die geheime Wahl ersetzt wurde, wofür wir allerdings das Zugeständnis der Beibehaltung der indirekten Wahl machen mußten. Wir zihen die direkte Wahl vor, halten aber auch bei der indirekten Wahl mit geheimer Stimmabgabe für die Wahl der Wahlmänner die Freiheit der Wahl für gesichert. Den plutokratischen Charakter des Dreiklassenwahlrechts waren wir bemüht, möglichst einzufrieren. In erster Linie steht dabei die Aufrechterhaltung der Verteilung in den Wahlbezirken, welche wir gegenüber starkem Ansturm erfolgreich verteidigt haben.“

Nach einigen weiteren Ausführungen heißt es dann: „Wir werden mit Nachdruck auch in Zukunft für eine Verbesserung des Wahlrechts in der bezeichneten Richtung eintreten. Der Kampf für Einführung des geheimen Wahlrechts bei den Kommunalwahlen wird von uns fortgesetzt werden. Weiterhin berührt der Aufsatz die Polen, die Schul- und die Ordensfragen, in denen das Zentrum auch in Zukunft in der bisherigen Weise weiterarbeiten will. Schließlich wird noch der Sozialdemokratie heftiger Kampf angekündigt, der aber nicht durch die Wachstum des Staates, sondern durch die Erhaltung des christlichen Glaubens geführt werden soll.“

### Ausland.

#### Das Bombenattentat in Indochina.

Nach Meldungen, die aus Hanoi in Paris eintrafen, ist das dortige Bombenattentat in der Hauptsache politischen Motiven entsprungen. Streng auf ihre Zuverlässigkeit geprüfte Erhebungen führen den Anschlag auf Parteigänger des Fürsten Cuang zurück. Der Anschlag wurde in Werkzeugfabriken Kanton und Hongkong vorbereitet, in denen sich revolutionäre Chinesen befinden, die die aufrührerischen Anaiten beraten und unterstützen. Auch die Täter selbst kamen aus Kanton und Hongkong. Nach anderen Meldungen sollen Ausgrabungen, die ein französischer Kolonialbeamter in dem Grabtempel des anaitischen Kaisers Tüüü vornehmen ließ, dazu beigetragen haben, den Haß der Eingeborenen gegen die Franzosen zu verhärfen. Auch die kürzlich erfolgte Einführung des Alkoholmonopols soll große Entrüstung hervorgerufen haben.

#### Kleine politische Nachrichten.

In der Budgetkommission des Reichstages wurden vom Zentrum, den Fortschrittlichen und Sozialdemokraten verschiedene Änderungsanträge zur Wehrvorlage eingebracht, welche in der Hauptsache größtmögliche Sparmaßnahme bezwecken. In München fand am Dienstag fest 13 Jahren zum ersten Male wieder eine Parade der gesamten Münchener Garnison vor dem Prinzregenten und in Gegenwart des königlichen Hofes statt.